

KV Pfaffenhofen

DIE GRÜNEN

Vorsitzender	Schriftführerin	KassiererIn	Kreisrat	Beisitzerin
Wolf Reiff	Annemarie Glück	Gisela Ortman	Ulrich Radons	Juliane Filser
Brahmsstr. 10	Schönblick 23	Anger 10	Beethovenstr. 11	Frickendorf 4
8069 Wolnzach	8068 Pfaffenhofen	8068 Reisgang	8068 Pfaffenhofen	8069 Schweitenkirchen
08442 2510	08441 2261	08441 72434	08441 5898	08444 1495

Wolnzach, 26.4.89

Mitteilung für die Presse

Europa - ja! - Binnenmarkt - ?
Raimund Kamm, MdL der GRÜNEN erläutert
Gefahren und Chancen des Binnenmarkts

Unausgesprochen stand die Frage: Europa des Kommerz oder Europa der Menschen im Raum, als Kreisvorsitzender Wolf Reiff in seinem Eröffnungsreferat die durch den europäischen Binnenmarkt geschaffene Aktualität jener Fragen aufzeigte, die mit den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern zusammenhängen. Eindeutig stellte er klar, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik sich nicht nur aus Deutschen, sondern aus Menschen verschiedener Nationalität und aus verschiedenen Kulturkreisen zusammensetzt, die heute ein untrennbarer Bestandteil unserer Gesellschaft sind. Unionspolitikern wie Waigel, Zimmermann, Dregger und Wallmann warf er Menschenverachtung und Doppelzüngigkeit vor, wenn sie einerseits das Wort Ausländerintegration im Mund führten, gleichzeitig aber von Flut, Schwemme, Sprengstoff und Volk ohne Raum sprächen und damit bewußt

Ausländerfeindlichkeit schürten und somit Wasser auf die Mühlen von Reaktionen und Faschisten gössen. An die Adresse Zimmermanns und Wallmanns gewandt, betonte Reiff unter Beifall der Zuhörer: Nicht die Einführung des kommunalen Wahlrechts ist ein Anschlag auf die Verfassung, sondern die Verweigerung dieses Rechts ist ein permanenter Anschlag auf die Demokratie, - nicht die Ausländer unterminieren die demokratische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland, sondern diejenigen, die ganz Hessen mit ausländerfeindlichen Wahlplakaten und Aussagen überzogen und rassistische Parteien wie Republikaner, NPD und DVU rechts überholen wollen ...

"Brauchen wir den Anti-Leakage-Agent?", fragte der wirtschaftspolitische Sprecher der GRÜNEN im Bayerischen Landtag, Raimund Kamm zu Beginn seines Referats. Den "Anti-Leakage-Agent", (eine Schließmuskelauslaufsperrung) will die Firma Procter & Gamble ihrem künstlichen Milchshake für Abmagerungswillige beifügen. Diese auch für den europäischen Markt vorgesehene Milchimitation würde sonst wegen der nicht vom Menschen aufnehmbaren Kunstfette zu Durchfällen führen. Das Verbot für Milchimitationsprodukte soll im Rahmen der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes aufgehoben werden. (Südde. Zeitung, 19.1.89)

Trotz einiger perverser Entwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft sind wir GRÜNEN für ein Europa ohne Schlagbäume. In Europa hat es in diesem Jahrhundert zwei mörderische Kriege gegeben. Die Aussöhnung mit dem früheren "Erbsfeind Frankreich" ist ein Verdienst der

Politik in den 50er Jahren. Wir wollen, daß in Europa die Verständigung auch mit den östlichen Nachbarländern weitergeht. Wir sind für ein Europa der Regionen, in dem sich die Länder nicht mehr kriegerisch bedrohen. Dieses Europa darf allerdings nicht die anderen Länder dieser Welt wirtschaftlich und ökologisch bedrohen.

Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Tschernobyl, saurer Regen, Rheinverschmutzung zeigen uns, daß die Länder in Europa gemeinsam gegen unser größtes Problem, die zunehmende Vergiftung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, ankämpfen müssen.

Der jetzt von Christ- und Freidemokraten und Sozialisten angepriesene Europäische Binnenmarkt will, daß alle Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen beseitigt werden. Waren, Arbeitnehmer, Dienstleistungen und Kapital sollen sich völlig frei bewegen können. Das geht von der Aufhebung der Vorschrift, daß jeweils nur zwei Ausländer in einer Bundesligamannschaft spielen dürfen über die Vereinheitlichung technischer Normen bis leider zur Einebnung von Sozial- und Umweltvorschriften.

Was passiert in der Wirtschaft? Die Vielzahl von Mammut-Hochzeiten großer Konzerne allein während der letzten Monate schreckt. Viele mittelständische Betriebe werden sich - allen Beschwichtigungen der Kammerfunktionäre zum Trotz - noch die Augen Reiben.

Was passiert im Sozial- und Kulturbereich? Tarifhoheit, Arbeitnehmermitbestimmung, duale Berufsausbildung,

Berufsbeamtentum, Einschränkungen bei seichtem Kommerzfernsehen, Existenz bäuerlicher Landwirtschaft, all dies wird im Rahmen -es EG-Binnenmarktes angetastet und teilweise beseitigt werden.

Was passiert im politischen Bereich? Der gegenwärtige Präsident der EG-Kommission, Jaques delors meint und will, daß innerhalb von 10 Jahren 80% der finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf EG-Ebene fallen. Die Gefahr ist immens, daß Bayern bald als eine von vielen Provinzen von einer anonymen Massenbürokratie aus Brüssel ferngesteuert wird.

Und die Umwelt? Leider ist die europäische Einigung jetzt eine gigantische Veranstaltung für beschleunigtes Wachstum und hemmungslosen Strassenverkehr. Man rechnet mit einer Zunahme des LKW-Verkehrs innerhalb der nächsten 10 Jahre um 50-80%. Alle bedeutsamen Autobahnen sollen 6- und teilweise 8-spurig ausgebaut werden. Flugplätze, sollen gegründet oder erweitert werden. Der Flugverkehr soll in den nächsten 10 Jahren lt. Minister Tandler um 150% wachsen. Und viele Umweltvorschriften sollen "nach unten vereinheitlicht" werden.

Es gibt auch positive Auswirkungen der europäischen Einigung: Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, Zwang zum Tempolimit und zum Katalysator. Aber insgesamt ist der Europäische Binnenmarkt für die Umwelt ein langfristiger Vernichtungsschlag.

Da nach R. Kamm's Ansicht SPD, CDU/CSU, FDP und deren europäische Schwesterparteien geradezu "binnenmarktbesoffen" sind, weißer selbst nicht, wie diese Tendenz noch aufzuhalten sein soll.

Vorsorglich und hilfsweise stellen die GRÜNEN deshalb folgende 10 Forderungen:

- Besteuerung des Autoverkehrs so, daß die sonst von der Gesellschaft zu zahlenden Sozial- und Umweltkosten durch Steuern gedeckt werden
- Recht auf ÖKO- und Energiesteuern
- Kennzeichnungspflicht bei allen Waren für Hersteller und Ursprungsland
- Einführung eines Informationsrechts für all EG-BürgerInnen über alle privaten und öffentlichen Vorhaben, die bedeutsame Auswirkungen auf die Umwelt haben
- EG-Umweltnormen müssen sich jetzt an den strengsten Normen anderer konkurrierender Staaten richten. Mittelfristig müssen sie sich natürlich an den Anforderungen der Umweltsituation ausrichten.
- EG- Normen sollen nur Mindestnormen sein. Jedes Land muß schärfere Umweltnormen einführen können.
- Das heute weitgehend machtlose Europäische Parlament muß die üblichen parlamentarischen Rechte erhalten: Das Recht die europäische "Regierung zu wählen, abwählen und kontrollieren zu können, das Recht, europäische Gesetze zu erlassen und das Recht, den europäischen Haushalt zu verabschieden.

- Auf europäischer Ebene muß der Volksentscheid eingeführt werden
- Europäische Sozialvorschriften dürfen nicht hinter die in der BRD erkämpfte soziale Absicherung zurückfallen
- Das kommunale Wahlrecht für Ausländer ist einzuführen.

Nach dem gut einstündigen Referat R. Kamm's wurde lebhaft diskutiert. Wandern Firmen in Länder mit geringeren Lohnkosten oder Umweltauflagen ab? Drücken zusätzliche ausländische Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht das Lohnniveau? lauteten einige Fragen.

wr

16

195 Seiten